

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 104. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Juni 2007**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der diesjährigen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW), die belegen, dass soziale Herkunft und Vorbildung der Eltern bei einem jungen Menschen nach wie vor maßgeblich über die Aufnahme eines Studiums entscheiden, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

2. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Treffen Presseberichte (DER SPIEGEL vom 18. Juni 2007, S. 51 bis 53) zu, dass der Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Thomas de Maizière, auf den sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt eingewirkt habe, „er möge endlich Ruhe in die Reihen seiner aufgeregten Christdemokraten bringen“, und haben die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, oder andere Kabinettsmitglieder Kenntnis von ähnlichen Initiativen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
Ist die Bundesregierung bereit, vor dem Hintergrund, dass am 18. Juni bei einem US-Luftangriff auf ein „mutmaßliches Versteck von Aufständischen“ (Reuters vom 18. Juni 2007, 13.06 Uhr), eine

Religionsschule in der afghanischen Provinz Paktika, sieben Kinder getötet wurden, ihre Haltung zur weiteren Unterstützung der „Operation Enduring Freedom“ zu verändern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Waren in Afghanistan eingesetzte Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr an der Vorbereitung oder Durchführung des Luftangriffes vom 17. Juni 2007 auf die Gebäude und Personen in einem Schulzentrum im Distrikt Sarghun Schah in der Provinz Paktika, bei dem mehrere Personen, darunter sieben Kinder, getötet wurden, durch Übermittlung von Fotoaufnahmen zur Zielerfassung und in irgendeiner sonstigen Weise beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

5. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass weder mit der im Koalitionsausschuss vereinbarten Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes noch mit der geplanten Regelung für tariffreie Branchen (Ausschuss für Mindestlohn) das Problem tariflicher Niedriglöhne zu lösen ist?
6. Abgeordnete
Ulla Lötzer
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass nur in wenigen Branchen mit bundesweit gültigen Tarifverträgen eine wichtige Voraussetzung für die vom Koalitionsausschuss vorgeschlagene Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gegeben ist?
7. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zur Auffassung, dass die Realisierung des Vorschlags des Koalitionsausschusses – ein Ausschuss für Mindestlohn solle für Branchen ohne tarifvertragliche Bindung beim Bundesminister für Arbeit und Soziales einen Mindestlohnantrag stellen – von wechselnden politischen Mehrheiten abhängig macht und da-

mit zu keinem zuverlässigen Modus für die Einführung von Branchenmindestlöhnen führen kann?

8. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Koalitionsausschuss mit dem Vorschlag, die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes von einer tarifvertraglichen Deckung der jeweiligen Branche von mindestens 50 Prozent abhängig zu machen, die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen erschweren wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

9. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass – bleibt es bei der Nichteinigung des Koalitionsausschusses bezüglich der Verlängerung des so genannten Briefmonopols – ab 2008 mit der vollständigen Öffnung des Briefmarktes in Deutschland eine drastische Zunahme von Billigjobs im Briefdienst droht, da bereits die bisherige Teilöffnung von 20 Prozent des Briefaufkommens zu einem Niedriglohnwettbewerb geführt hat, weshalb gegenwärtig etwa zehntausend Zustellerinnen und Zusteller ihr Niedrigeinkommen durch Arbeitslosengeld II aufstocken müssen?

Berlin, den 19. Juni 2007

